

Im Gespräch mit ...

den SpitzenkandidatInnen zur Nationalratswahl 2017

Bei der bevorstehenden Nationalratswahl treten bundesweit 10 Parteien an: SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, NEOS, KPÖ, Liste Peter Pilz, Die Weißen, Freie Liste Österreich, Liste Roland Düringer - GILT. Lebenswelt Heim hat sich mit Wahlprogrammen und Parlamentsbeschlüssen lt. Parlamentskorrespondenz der letzten Jahre rund um das Pflegethema auseinandergesetzt und die SpitzenkandidatInnen interviewt. Dabei stellten wir zwei idente Fragen an alle Parteien – zu ihrer Position zu den 5 Forderungen des Bundesverbandes der Alten- und Pflegeheime Österreichs aus der Pressekonferenz vom 8. Juni dieses Jahres (siehe Kasten unten) sowie zur Finanzierung der fehlenden Gelder aus dem wegfallenden Pflegeregress ab 2018. Eine dritte Frage leitete sich individuell aus Wahlprogrammen (falls vorhanden), Positionspapieren oder bisherigem Abstimmungsverhalten im Parlament ab und erging

an alle derzeit im Parlament vertretenen Parteien.

Die SpitzenkandidatInnen im Interview

Mag. Christian Kern, SPÖ: Ja, die Forderungen des Bundesverbandes sind absolut berechtigt, decken sich mit unseren Vorstellungen und lassen sich durch den Pflegegarantiefonds umsetzen: Mit einer einheitlichen Finanzierung der gesamten Pflege als gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern mit gleichzeitiger Etablierung von Qualitäts- und Mindeststandards. So bleibt die Versorgung selbst in bewährten Händen, abgesichert durch eine unabhängige Kontrolle zur Sicherung der Qualität und der vereinbarten Landesziele. Wir müssen in die Qualität der Pflege und in die Pflegeberufe investieren und die Zersplitterung des Systems beenden. Die Pflege der Menschen darf nicht vom eigenen Geldbeutel abhängen. Die Pflegefinanzierung ist bis 2021 gesichert.



Christian Kern, SPÖ

Ich will die Weichen für die langfristige finanzielle Absicherung der Pflege aber jetzt stellen, und dafür haben wir ein Gesamtkonzept vorgelegt.

Ja, wir werden mehr Geld brauchen. Mit einer Erbschaftssteuer auf Erbschaften ab 1 Million Euro können wir die komplette Ausfinanzierung der Abschaffung des Pflegeregresses, die Übernahme von 50% der

5 Forderungen des Bundesverbandes der Alten- und Pflegeheime Österreichs an die Bundespolitik

- 1. Mindestanforderungen an die erwartete Leistung von Alten- und Pflegeheimen klar definieren.** Anhand von klaren Leistungskatalogen und -kriterien sollen die Länder die Mindestanforderungen an Pflegeeinrichtungen definieren und mit dem Bund abstimmen. Denn wenn Pflegeeinrichtungen nicht informiert sind, welche konkreten Leistungen von ihnen erwartet werden, können sie Ziele nicht erreichen und es kann ihnen nicht gelingen, erfolgreich im Sinne einer objektiven Bewertung zu sein.
- 2. „Angemessene Pflege“ in den Landesgesetzen und Verordnungen definieren und festlegen.** Angemessene Pflege bedeutet, bestmöglich auf die individuellen Erfordernisse der Heimbewohnerinnen und Bewohner eingehen und ihren Bedürfnissen nach Zuwendung und Zeit entsprechen zu können, ihre Ressourcen zu fördern und sie zu aktivieren.
- 3. Rahmenbedingungen für eine adäquate quantitative und qualitative Personalausstattung zur Verfügung stellen, um die geforderte Ergebnisqualität in den Alten- und Pflegeheimen erbringen zu können.** Um eine gute Pflege und Betreuung für Heimbewohnerinnen und Bewohner erbringen zu können, müssen Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden. Das Personal muss auf entsprechendem Niveau ausgebildet sein.
- 4. Sicherstellung einer adäquaten ärztlichen Versorgung.** Schon jetzt ist ein deutlicher Mangel an HausärztInnen aber auch FachärztInnen verschiedener Disziplinen in den Pflegeeinrichtungen spürbar und wird sich in den nächsten Jahren verschärfen.
- 5. Doppelgleisigkeiten bei Kontrollen vermeiden.** Da sie Zeitressourcen der MitarbeiterInnen binden, die den BewohnerInnen gewidmet sein sollten, müssen Doppelgleisigkeiten vermieden werden, soweit kein deutlicher Mehrwert ersichtlich ist.

Kostenbeiträge für mobile Dienste und ungekürztes Pflegegeld für schwerst behinderte Menschen finanzieren.

Bis 2022 soll zusätzlich eine Milliarde Euro in Pflegeberufe und Qualität der Betreuung investieren werden. Danach sehen wir den Pflegegarantiefonds vor, der aus Ländermitteln, Bundesmitteln und der Erbschaftsteuer gespeist langfristig die Finanzierung und qualitätsgesicherte Pflege – nach bundeseinheitlichen wie auch regionalen Vorgaben – sicherstellt. Wenn wir die Weichen jetzt stellen, sind wir gut vorbereitet.

Individuelle Zusatzfrage SPÖ

LWH: Herr Bundeskanzler, in Ihrem Plan A für Österreich finden sich zahlreiche Punkte zur Pflege: Pflegegarantiefonds einführen, jährliche Valorisierung des Pflegegeldes, Beschäftigungsgarantie für Ältere: 40.000 zusätzliche Arbeitsplätze u.a. in der Pflege und Altenbetreuung, neue Modelle der wohnortnahen Versorgung in lokalen Netzwerken oder Zentren – Stichwort: das niederländische Erfolgsmodell Buurtzorg „Und wir sollten die Nächsten sein“, Entlastung der pflegenden Angehörigen, Umschulungen interessierter Arbeitsloser für die Pflege und Betreuung, mehr faire Anstellungsverhältnisse mit fairen Löhnen, zusätzlich 1 Milliarde Euro bis 2022 in Pflegeberufe und Qualität investieren usw. – das klingt nach einem sehr großen Vorhaben, wie viel davon wird umsetzbar sein, wenn die SPÖ wieder in Regierungsverantwortung kommt?

Mag. Christian Kern, SPÖ: Alle von Ihnen angeführten Punkte sollten aus meiner Sicht umgesetzt werden und ich hoffe, dass das Wahlergebnis uns ein deutliches Mandat dafür gibt. Die ersten Schritte haben wir schon gesetzt: „Selbständig Leben Daheim – Projekt zur mehrstündigen Alltagsbegleitung“, das bereits in den Pilotregionen anläuft und einen längeren Verbleib daheim sowie eine Entlastung der Angehörigen ermöglicht und die Aktion 20.000, werden die Menschen hoffentlich davon überzeugen, dass wir ihr verlässlicher Partner sind.

Das Projekt „Selbständig Leben Daheim“ trägt dazu bei die Betreuungssituation pflegebedürftiger Menschen weiter zu verbessern und ihre Autonomie und gesellschaftliche Teilhabe möglichst lange zu erhalten. Der Fokus dieser Alltagsbegleitung liegt nicht auf pflegerischen Tätigkeiten

sondern auf (Freizeit-)Begleitung älterer und unterstützungsbedürftiger Personen. Im Rahmen der "Aktion 20.000" investieren wir rund 780 Millionen Euro in ein Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose über 50 Jahren im Gemeindebereich. Mit 1. Jänner 2018 wird die Aktion 20.000 ausgerollt und auf gemeinnützige Einrichtungen und Vereine erweitert. Das Programm ist sehr erfolgreich angelaufen.

Sebastian Kurz, ÖVP: Die Forderungen des Bundesverbandes beruhen auf vielen Berichten und Erfahrungen aus der Praxis und sind ein wichtiger Anstoß für die Politik. Im Rahmen der Österreich-Gespräche haben wir uns ebenfalls sehr intensiv mit dem Thema Pflege auseinandergesetzt und gemeinsam mit Experten, Pflegekräften und pflegenden Angehörigen ihre Sichtweisen und Ideen diskutiert. Dabei hat sich gezeigt, dass es Probleme und Defizite sowohl im Gesundheitssystem, als auch im Pflege- und Betreuungssystem gibt, die dringend behoben werden müssen. Vieles davon geht in dieselbe Richtung wie Ihre Ansätze. Gerne nehmen wir daher die Forderungen des Bundesverbandes für unsere weitere politische Arbeit mit.

Klar ist für uns auch: Wer sein ganzes Leben lang gearbeitet und in das System eingezahlt hat, muss im Alter abgesichert sein. Die öffentliche Hand muss die Finanzierung dafür sicherstellen. Das bedeutet aber auch, dass wir mit dem Steuergeld der Menschen sorgsam umgehen müssen und die Zuwanderung in unser Sozialsystem eindämmen müssen.

Das Aus für den Pflegeregress war ein richtiger Schritt. Klar ist aber auch, dass eine solide Gegenfinanzierung wichtig ist. Wir werden die Abschaffung auf eine solide finanzielle Basis stellen. Wir sparen nicht bei den Menschen, sondern sorgen für eine effiziente Verwaltung. Dazu gehört für uns unter anderem die Bekämpfung von Sozialmissbrauch durch die Einführung eines Fotos auf der eCard oder die Vereinfachung des Medikamentenmanagements zur Kostenreduktion in den Wohn- und Pflegeheimen. Zudem setzen wir auf Prävention: Eine gesunde Lebensweise und ein gutes Gesundheitsbewusstsein kann langfristig gesehen enorme Einsparungen generieren. Ein Bonus für die jährliche Vorsorgeuntersuchung soll hier als Anreiz dienen.



Sebastian Kurz, ÖVP

Individuelle Zusatzfrage ÖVP

LWH: Sie haben im Sommer ein 10-Punkte-Programm für Gesundheit und Pflege vorgestellt. Darin heißt es u.a.: „Sicherheit schaffen bei Demenzerkrankungen, sowie in der Hospiz- und Palliativversorgung. Eine entsprechende Absicherung muss durch die öffentliche Hand gewährleistet werden“ und „Um insbesondere auch die Angehörigen zu entlasten, müssen wir deutliche Schritte der Deregulierung setzen. Einfache Systeme im Bereich der Pflegebehelfe zählen ebenso dazu, wie eine Orientierung an modernen Lebenskonzepten im Hinblick auf die Pflegefreistellung“. Was konkret sollen wir uns darunter vorstellen?

Sebastian Kurz, ÖVP: In der Gesundheits- und Sozialpolitik wurde in den letzten Jahren viel verabsäumt. In zentralen Feldern sind wir als Land und als Gesellschaft daher in besonderer Weise gefordert. Wir müssen unsere Politik stärker an die Zukunft ausrichten. Wir haben das Glück, immer länger gesund und mobil zu leben. Wir sollten uns daher verstärkt die Frage stellen, wie wir medizinische Versorgung bis ins hohe Alter sowie Hospiz- und Palliativversorgung mit entsprechender Qualität bewerkstelligen können. Ambient Assisted Living, Care-Einrichtungen, E-Health, etc. sind hier Initiativen mit enormen Entwicklungschancen und großem Potential, die die Gesundheitsversorgung auf den neuesten Stand bringen und den bevorstehenden Bedürfnissen gerecht werden können. Gleichzeitig gilt es Bürokratie und Überregulierung spürbar abzubauen. Die Systeme, die wir speziell auch im Pflege- und Gesundheitsbereich geschaffen haben, müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Speziell Privatpersonen, die mit Pflegeleistungen ohnedies vor großen Herausforderungen stehen, sollten wir den Alltag nicht durch unnötige



HC Strache, FPÖ



Ulrike Lunacek, Die Grünen

Bürokratie noch weiter erschweren. Hier werden wir in unserem Wahlprogramm Maßnahmen vorschlagen.

Heinz Christian Strache, FPÖ: Die Forderungen des Bundesverbandes können wir vollinhaltlich unterstützen – wir haben in diesem Zusammenhang etwa am 11.5.2017 dazu auch zum Gesamtkomplex der Pflegeversorgung und der Pflegeheime eine dringliche Anfrage an Bundesminister Alois Stöger gestellt. Gemeinsam mit den Landessozialreferenten wurde eine Weiterentwicklung des Pflegewesens intensiv diskutiert.

Die mittel- und langfristige Finanzierung der Pflege unter Berücksichtigung der Abschaffung des Pflegeregresses wird eine Aufgabe der neuen Bundesregierung sein. Zur Finanzierung fordern wir seit langem eine echte Strukturreform im Gesundheitsbereich, um die Planung und Finanzierung von Gesundheit und Pflege aus einer Hand sicherzustellen. Konkret fordern wir eine Reduktion der Akutbetten und eine Aufstockung der Pflegebetten. Laut Rechnungshof können dadurch jährlich rund 4 Milliarden Euro freigemacht werden.

Individuelle Zusatzfrage FPÖ

LWH: Am 8. Juli 2011 stimmte die FPÖ im Nationalrat gegen das Pflegefondsgesetz (Beschlossen im Nationalrat, dafür: SPÖ, ÖVP, Grüne, dagegen: FPÖ, BZÖ. Siehe: www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/II/_01207/index.shtml). Die FPÖ hat das in den Worten des Abgeordneten Neubauer auch begründet: "Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Entwurf, der heute als Gesetz beschlossen werden soll, ist kein taugliches Mittel für die Zukunft, das Pflegesystem in Österreich einer tatsächlich tragfähigen Lösung zuzuführen. Wir werden deshalb diesem Gesetzesantrag unsere Zu-

stimmung verweigern." – siehe: www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/NRSITZ/NRSITZ_00114/fname_231320.pdf, Seite 64.

Am 8. Juli 2011 beschloss der Nationalrat mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und BZÖ das Pflegegeldreformgesetz, womit die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit gesichert war. Mit dem Pflegegeldreformgesetz wurde der Vollzug des Pflegegeldes drastisch vereinfacht. Statt rund 300 Stellen sind heute nur noch acht für Administration und Auszahlung zuständig. Möglich wurde dies durch eine gesetzliche Neuregelung, mit der das Landespflegegeld in die Verwaltung des Bundes wanderte. Dies stellte eine der größten Verwaltungsreformen der letzten Jahrzehnte dar. Die FPÖ war die einzige Partei, die dagegen stimmte. Herr Strache, wofür ist die FPÖ?

Heinz Christian Strache, FPÖ: Die FPÖ hat den Pflegefond kritisch gesehen, da dessen Finanzierung nur für wenige Jahre gesichert war. Wir sehen diese Finanzierungsform auch heute noch sehr kritisch, stimmen selbstverständlich der Dotierung des Fonds zu. (Anmerkung der Redaktion: Es ist für uns nicht nachvollziehbar, für die Dotierung eines Fonds zu sein und trotzdem gegen diesen zu stimmen – auch wenn der Fonds vorerst nur eine Übergangslösung ist, bis die Weichen für eine langfristige Absicherung der Pflege gestellt sind).

Insgesamt ist die Entwicklung im Bereich der Pflege wenig positiv. Pflegenden Angehörige – rund drei Viertel aller pflegebedürftigen Menschen werden daheim gepflegt – haben bis heute keinen Rechtsanspruch auf Pflegekarenz. Die jährliche Valorisierung des Pflegegeldes, das seit seiner Einführung im Jahr 1993 35% seines Wertes verloren hat, ist nach wie vor nicht umgesetzt. Pre-

käre Arbeitsverhältnisse, Scheinselbständigkeit und mangelnde Qualitätskontrollen im Bereich der 24-Stunden-Pflege sind nach wie vor ein ungelöstes Problem. Unterschiedliche Personalschlüssel und uneinheitliche Gehälter und Arbeitsbedingungen in den Pflegeheimen je nach Bundesland hätten im Zuge der Finanzverhandlungen vereinheitlicht werden müssen.

Mag. Ulrike Lunacek, Grüne: Grünes Ziel ist, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation und ihrem Wohnort, einen Rechtsanspruch auf qualitäts- und würdevolle Pflege und Betreuung haben. Der Pflegefonds hat bisher noch nicht zu der erhofften Vereinheitlichung des Pflege- und Betreuungsangebots geführt. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass von Ost bis West ein Unterschied gemacht wird, wie viel ein Heimplatz kostet, wie viel Personal zur Verfügung steht und wie dieses qualifiziert sein muss. Wir gehen hier konform mit den Forderungen des Bundesverbandes der Alten- und Pflegeheime und werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Leistungen in der Pflege österreichweit einen Mindeststandard haben – Beispiele: Personalschlüssel in Pflegeheimen, einheitliche Tarife bei Heimunterbringungen sowie Inanspruchnahme mobiler Dienste.

Der Rückgriff auf das Vermögen bei Heimunterbringung ist eine 100%-Vermögensbesteuerung. Dieser Rückgriff wird bis dato durch rechtzeitiges Weitergeben von Vermögen (zum Beispiel Haus, Wohnung) umgangen. Wir begrüßen daher die Abschaffung des Pflegeregresses ab 1.1.2018. Allerdings braucht es eine Ersatzfinanzierung, denn die Länder haben hohe finanzielle Verluste durch die Abschaffung des Regresses. Wir fordern eine Zweckbindung von Erbschafts- und Schenkungssteuern (ab Vermögen von 500.000 Euro), die zur Sicherung der Pflege hergenommen werden.

Individuelle Zusatzfrage Grüne

LWH: Frau Mag. Lunacek, im Grünen Frauenbericht 2016 zeigen Sie auf, dass im mobilen und stationären Bereich der Pflege und Betreuung derzeit 66.000 Beschäftigte tätig sind. 51 Prozent im stationären Bereich sind Teilzeit beschäftigt, 88 Prozent in der mobilen Pflege. Der Frauenanteil liegt in der stationären Pflege bei 81 Prozent, in der mobilen Pflege bei 93 Prozent. Die Auswirkungen der Pensionsreformen von 2003 bis

2005 treffen Frauen weit stärker als Männer, weil sie auf den klassisch männlichen Erwerbsverlauf aufgebaut sind. Dies zeigt auch das Forschungsinstitut FORBA auf. Die Pensionsschere zwischen den Geschlechtern liegt in Österreich noch viel höher als die Einkommensschere und beträgt rund 50 Prozent. Nach dem Grünen Pensionsmodell würde sich diese Schere vorerst auf 25 Prozent reduzieren. Weshalb ist das Grüne Pensionsmodell besser für Frauen und wie sieht es konkret aus?

Mag. Ulrike Lunacek, Grüne: Die Steuermittel, die derzeit in die verschiedenen Systeme der Alterssicherung fließen (ca. 27,5 Mia. im Jahr 2017), werden sehr ungerecht verteilt. Wir Grüne nehmen diese Mittel und werfen sie in einen Topf, aus dem eine Grundpension in der Höhe von € 890 für jeden Menschen, der das Pensionsantrittsalter erreicht hat, finanziert wird. Dazu kommt eine (versicherungsmathematisch funktionierende) Erwerbspension aus den bezahlten Beiträgen während des Erwerbslebens. Menschen mit niedrigem Einkommen, Teilzeitbeschäftigte oder Menschen, die nur kurze Erwerbszeiten haben, sind auf diese Weise in jedem Fall durch eine Eigenpension existenziell abgesichert. Schon allein deshalb sinkt der Gender Pension Gap. Das Grüne Pensionsmodell kennt aber auch ein obligatorisches Splitting von Ansprüchen, die in der Zeit der Partnerschaft/Ehe erworben wurden. Auch dieses Pensionssplitting verringert den Pension Gap erheblich.

Das Grüne Modell ist kostenneutral zum gegenwärtigen System. Es stellt nur sicher, dass es jedenfalls keine Altersarmut geben kann. Das ist derzeit nicht der Fall: 16% aller Pensionistinnen und gar 20% aller allein lebenden Pensionistinnen sind derzeit armutsgefährdet. Für ein reiches Land wie Österreich ist das eine Schande.

Dr. Matthias Strolz, NEOS: Ja, die Forderungen des Bundesverbandes sind definitiv im Sinne von NEOS. Wir fordern einheitliche, verpflichtende Qualitätsstandards, angemessene und faire Leistungskataloge sowie eine stärkere Verschränkung der Arbeit von ärztlichen und nicht ärztlichen Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen. Die Länder sind hier in der Pflicht. Damit Pflege kleinteiliger gedacht und individueller organisiert wird, könnten die Mittel aus

dem Pflegefonds direkt an die Gemeinden fließen. Einen Beitrag zu attraktiveren Pflegeberufen leistet das neue dreigliedrige Qualifikationssystem. Zusätzlich sind direkte Vergütungsansprüche von Pflegekräften gegenüber den Kassen z.B. für mobile Pflegeleistungen anzustreben.

Der „Pflegeress“ war in seiner bisherigen Form inakzeptabel, weil er ungerecht und intransparent geregelt war. Aber: Als isolierte Maßnahme den Pflegeress abzuschaffen, ohne sich ernsthaft mit der Finanzierung, mit den Auswirkungen auf die Versorgung und mit den Folgen für die häusliche Pflege auseinander zu setzen, war jedoch fahrlässig.

Individuelle Zusatzfrage NEOS

LWH: Herr Dr. Strolz, die NEOS sprechen im Kontext der Pflege immer wieder von einem „Echten System-Wandel“ und „zukunftsweisenden Gesamtlösungen“. In Ihrer Presseaussendung vom 3. Juli 2017 heißt es: „Wir brauchen ein klares Bekenntnis zu mobiler Pflege. Wir wollen keine neuen Bettenburgen bauen, sondern den vollen Fokus auf dezentrale Lösungen setzen“. In Ihrer Plakatkampagne zum Wahlauftakt gibt es ein Sujet „Pflege daheim“. Worin konkret liegt Ihre „zukunftsweisende Gesamtlösung“?

Dr. Matthias Strolz, NEOS: Eine Diskussion zur Zukunft der Pflege darf nicht bei Diskussionen rund um Finanzierung und Regress beginnen. Sie muss bei den Pflegebedürftigen und ihren Familien ansetzen. Die allermeisten von ihnen haben vor allem einen Wunsch: Möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben und gut leben zu können. Das Pflegesystem in der aktuellen Ausprägung gehört umfassend reformiert. NEOS fordern einen echten Systemwandel in der Pflege:

- Ein klares Bekenntnis zu mobiler Pflege. Wir wollen keine neuen Bettenburgen bauen, sondern den vollen Fokus auf dezentrale Lösungen setzen.
- Pflegedienste dezentral organisieren: Die Verantwortung für die Erbringung der persönlichen und praktischen Unterstützung sowie entsprechender Räumlichkeiten liegt bei den Gemeindeverwaltungen.
- Bundesweite Vereinheitlichung der Qualitätsstandards und Personalverteilung. Wie NEOS das finanzieren will: Der Pflege-



Matthias Strolz, NEOS

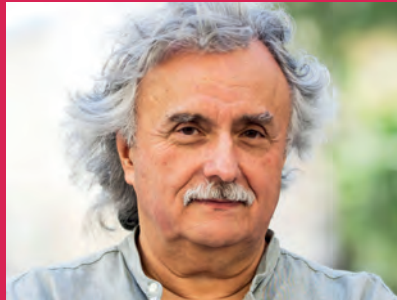
fonds könnte aufgestockt werden (derzeit 417 Millionen Euro) durch Abschichtung von öffentlichen Anteilen von Energieversorgungsunternehmen (25% plus eine Aktie bleibt im Staatsbesitz).

Das Pflegesystem in der aktuellen Ausprägung gehört umfassend reformiert. Es gleicht einem Fleckerlteppich mit sehr unterschiedlichen Qualitätsstandards, Regelungen und Kostenbeteiligungen. In einem guten System sind die Leute möglichst lange in Betreuung, aber nur kurz bzw. wenig in Pflege. In einem Pflegeheim ist die Betreuung oft aufgrund von Personalmangel nicht ausreichend und bleibt aufgrund des hohen Pflegebedarfs auf der Strecke. Auch ist der Ausbau der mobilen Pflege wichtig, denn die Menschen wollen nicht in Pflegeheimen abgeschoben werden, sondern möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben. Diesen Wunsch sollte die Politik beachten und gleich unterstützen wie die Pflege im Heim. Mit der Abschaffung des Pflegeresses werden eher Anreize gesetzt, ältere Menschen in Pflegeheimen unterzubringen. Auch halten wir die 24-Stunden-Betreuung für nicht zukunftssicher. Sie ist von einer Übergangs- zur Dauerlösung geworden.

Dr. Peter Pilz, Liste Pilz: Die Mindestanforderungen an Pflege- und Altenheimen klar und einheitlich zu definieren, findet unsere ganze Unterstützung. Deshalb sollte ein Leistungskatalog für die verschiedenen Berufsgruppen, mit klaren Definitionen und Subdelegationsweisungen erstellt werden. Angemessene Pflege und die Strukturen dafür müssen nicht nur festgelegt werden, für die Strukturierung brauchen wir das Verständnis der Menschen, die nicht in der Branche tätig sind. Auf die Individualität



Peter Pliz, Liste Pilz



Mirko Messner, KPÖ Plus



Roland Düringer, GILT

einzugehen, erfordert wie Sie selbst erwähnen, die Ressourcen. Diese müssen finanziert und zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen, dass auf Grund der steigenden Lebenserwartung und des steigenden Pflegebedarfs, in den nächsten 10 Jahren die Zahl der Pflege- und Betreuungskräfte jährlich um 2000 Personen erhöht und finanziert wird. Dabei ist es notwendig, dass Gesundheitsberufe wieder den Stellenwert in der Gesellschaft bekommen, den sie zu früheren Zeiten hatten.

Der Mangel an praktischen ÄrztInnen wird in immer mehr Bereichen spürbar und hier müssen Bedingungen für junge ÄrztInnen geschaffen werden, die eine Zusammenarbeit mit Alten- und Pflegeheimen attraktiv machen. In diesen Bereichen eine Lösung zu finden bedarf gemeinschaftlichen Überlegungen, die auch die Ärztekammer miteinbeziehen müssen.

Selbstverständlich muss es eine konkrete Lösung zur Finanzierung des Pflegesystems nach Abschaffung des Pflegeregresses geben. Die Liste Pilz wird aktiv parteiübergreifend nach einer konkreten Lösung suchen. Gespräche mit den anderen Fraktionen sind dafür unablässig.

Dr. Mirko Messner, KPÖ Plus: Wie eine Gesellschaft mit ihren kranken, alten und schwachen Menschen umgeht, gibt Auskunft über den Grad ihrer demokratischen Reife. Der Menschenwürde angemessene Pflege ist daher nicht nur eine Frage der bereitgestellten finanziellen Ressourcen, sondern vor allem der mitmenschlichen Anteilnahme am Wohlergehen der betagten Mitglieder unserer Gesellschaft.

Die Ökonomisierung des Gesundheits- und Pflegebereiches muss daher gestoppt werden. Ein permanenter Zeitdruck ist für viele Pflegenden heute zur Norm geworden

und wirkt sich auf die Pflegeleistung aus. Für medizinische und pflegende Berufe muss es zeitgemäße Arbeitsbedingungen und adäquate Bezahlung geben. Aus Kostengründen medizinische und komplexe pflegerische Tätigkeiten auf gering qualifiziertes Personal zu verlagern, ist abzulehnen. Die medizinische Betreuung in den Alten- und Pflegeheimen erfordert auch spezielle Kenntnisse der Altersmedizin. Es braucht sofort eine Ausbildungsoffensive beim Medizinstudium (Verdoppelung der Studienplätze) und den Gesundheitsberufen. Die fünf Forderungen des Bundesverbands der Alten- und Pflegeheime unterstützen wir daher.

KPÖ PLUS ist gegen eine Pflegeversicherung, die einseitig nur die ArbeitnehmerInnen belastet und die Kapital-Seite schont. Die Pflegeversorgung ist Aufgabe des Staates und soll aus öffentlichen Budgets finanziert werden. Zur stabilen Finanzierung sind auch die Wertschöpfung insgesamt, Steuern auf hohe Vermögen oder die enormen Profite der Pharmaindustrie heranzuziehen.

Roland Düringer, GILT: Bei GILT handelt es sich um eine Idee, die Entscheidungsfindung neu gestalten will. Wir setzen uns für die Umsetzung eines neuen Demokratie-modells ein. Daher können und werden wir keine inhaltlichen Positionen zu Themen einnehmen. Weitere Informationen zu unserem politischen Programm finden Sie unter: www.gilt.at/wp-content/uploads/2017/06/Gilt_Offene_Demokratie.pdf

Lea Katharina Hummer, Die Weißen: Keine Stellungnahme zu den Fragen, denn: Die Weißen sind keine Partei! Die Weißen sind wir alle! Das Instrument der Weißen sind unterschiedliche Elemente (Volksbegehren,

Volksabstimmung und Direkte Abstimmung) zur direkt-demokratischen Bürgerbeteiligung. Wir funktionieren letztlich nur als die Überbringer des Bürgervotums von 8 Millionen Menschen in Österreich zu einzelnen Gesetzen, Gesetzesänderungen und Gesetzesanträgen in den Nationalrat. Also: Frage nicht, was wir für Dich tun können – frage, was Du für die echte und ehrliche Demokratie in Österreich tun kannst.

Weitere Informationen: <https://dieweissen.at>

Freie Liste Österreich

Die Lebenswelt Heim Redaktion hat auf ihre Interviewanfrage keine Stellungnahme erhalten.

Die Interviews führte Gabriele Tupy.

Rechtskonforme Durchführung der Nationalratswahl in den Alten- und Pflegeheimen

Wie schon bei der Bundespräsidentenwahl im Vorjahr sehr bewährt, haben wir auch für die Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 wieder einen mit dem Innenministerium abgestimmten Leitfaden zur rechtskonformen Abwicklung der Wahlen in unseren Heimen erstellt. Diesen finden Sie auf unserer Webpage unter

www.lebensweltheim.at > News

Auch in unserem Newsletter kommunizieren wir den Leitfaden zur weiteren Verwendung.